

Franz Rohrmoser, Konfliktforscher,
5431 Kuchl, Markt 399/15, 0664-23 15 112
rohrmoser@bauernkonflikte.at

Kuchl, am 09.11.2017

Offener Brief an Bundesminister Andrä Rupprechter

Sehr geehrter Herr Minister,

Ich habe vorgestern im Fernsehen mit Bestürzung mitbekommen, auf welche Art Sie die Belegschaft der Bundesanstalt für Bergbauernfragen nach Osttirol verbannen wollen.

Zunächst will ich mich näher vorstellen: Ich bin persönlich mit dieser Institution eng verbunden, denn ich habe 1978 die Gründung der Bundesanstalt - damals hieß sie noch Bergbauerninstitut - mit dem damaligen Landwirtschaftsminister Günter Haiden verhandelt. Das machte ich im Auftrag des ursprünglichen Anforderers, das war die Österreichische Bergbauernvereinigung (ÖBV). Die Bundesanstalt entstammt also dem Forschungsdrang von aufgeschlossenen Bäuerinnen und Bauern um die Mitte der 70er Jahre und sie war eine „gute Stimme der Bergbauern“ in der weiten Landschaft von Forschung und Wissenschaft und zwar genau dort, wo auch die Universität für Bodenkultur war und ist.

Wir wollten unsere Forschungsmit damals ausdrücklich in Wien haben, weil wir erkannten, dass man die Grundlagen der Politik und einer politischen Einflussnahme in Österreich nur in Wien, im Zentrum der politischen Drehscheibe, erreichen kann. Wir mussten als Bergbauern lernen in Wien Einfluss aufzubauen, sonst ist man neben den Schienen – auch heute noch. Wenn auch ihre Regionalisierung, Herr Minister, im digitalen Zeitalter schmeichelnd klingt, ist eine Auslagerung nach Osttirol in diesem Fall eine Verbannung in die Einflusslosigkeit. Vertrauen und Empathie und damit menschliche Netzwerke kann man letztlich nur von Angesicht zu Angesicht aufbauen.

Wie ich dem KURIER- Interview von Ida Metzger vom 22.12.2013 entnahm, bezeichnen Sie sich selber als „Grünen der ersten Stunde“, als christlicher Sozialdemokrat und Ihre großen Vorbilder waren Bruno Kreisky und Eduard Wallnöfer. Auch die Katholische Soziallehre sei Ihnen wesentlich. So gesehen haben wir die gleichen Vorbilder, die gleiche Soziallehre und noch eine Ähnlichkeit gibt es: Sie wurden als 11. Kind einer Bergbauernfamilie aus Brandenburg geboren und ich wurde 18 Jahre vorher 1943 als 5. von 13 Kindern einer Bergbauernfamilie in Großarl geboren. Jetzt bin ich längst in Pension und seit 10 Jahren an Parkinson erkrankt, aber ich bin noch als bäuerlicher Konfliktforscher tätig und als solcher denke ich: Wenn Sie Ihren genannten Vorbildern treu bleiben wollen, können Sie gar nicht die Bundesanstalt nach Osttirol verbannen! Ich will das begründen:

Erstens habe ich bereits 1972, also sehr früh mit zivilgesellschaftlicher Einflussnahme auf die Politik begonnen. Im Herbst 1973 hat mich die kath. Sozialakademie in Wien gerufen, ich sollte mitarbeiten am Aufbau der Österreichischen Bergbauernvereinigung. Die kath. Sozialakademie ist jene Stelle, die die Kath. Soziallehre unter Herwig Büchele in Österreich anführte. Als Start zum Bergbauernthema berief Herwig Büchele eine wissenschaftliche Kommission ein zur Erhebung der Lage der Bergbauern in Österreich. Daraus entstand eine Broschüre in der Kardinal König, Bundeskanzler Kreisky und Herwig Büchele je ein Vorwort schrieben. Das war einzigartig. Gleichzeitig unterstützte mich die Kath. Sozialakademie bei der im Herbst 1973 begonnenen Gründung der ÖBV im Sinne einer Selbstvertretung der Betroffenen Bauern und Bäuerinnen. Kreisky befasste sich aus eigener Sorge und Interesse besonders mit der Bergbauernsituation.

Zweitens geht, wie bereits erwähnt, der Ursprung der Bundesanstalt für Bergbauernfragen auf eine Forderung der Basis, von Bauern und Bäuerinnen der ÖBV zurück, basierend auf einen Beschluss einer Vollversammlung. Diese Basisforderung wurde dann durch die Kreisky-Regierung von Minister Günter Haiden ab 1978 in Angriff genommen. Josef Krammer wurde mit dem Aufbau und mit der Führung betreut und er hat dabei unter viel Widerstand, sehr viel erreicht. Das ursprüngliche Bergbauerninstitut entwickelte sich relativ rasch zu einer weit über die Grenzen Österreichs hinausgehenden, sehr angesehenen Forschungsstätte zur Definition der Berglandwirtschaft und der ländlichen Entwicklung im europäischen Alpenraum. Dazu brauchte die Anstalt natürlich das direkte Kommunikationsnetz der Bundesverwaltung Österreichs verbunden mit der EU, das es aber nur in Wien gibt. Von Osttirol aus wäre das unmöglich gewesen und ist auch künftig nicht möglich. Mit der Verbannung nach Osttirol würden Sie, Herr Minister, wie es heißt, „das Kind mit dem Bade ausschütten.“

Drittens haben Ihre Bauernbundkollegen und bisherigen Landwirtschaftsmister seit Ende der Kreisky-Regierung im Mai 1983 ein sehr ambivalentes, gestörtes Verhältnis zur europäisch renommierten Bundesanstalt für Bergbauernfragen gezeigt. Die Beziehung war die ganzen 35 Jahre gekennzeichnet von inhaltlicher Bewunderung und Benutzung auf der einen, und hasserfüllter Ablehnung auf der anderen Seite. Die Bauernbundführung erträgt diese Art kritischer Forschung ganz schlecht und fast alle ÖVP-Landwirtschaftsminister seit 1983 haben die Forschungsanstalt bekämpft und sie wollten sie stilllegen. Am Widerstand der cleveren Belegschaft von jetzt 14 ForscherInnen hat es bisher keiner der Minister geschafft sie abzdrehen. Nun wollen Sie als amtierender Minister mit Ihrer Herkunft von Bergbauern, von der kath. Soziallehre getragen, mit Kreisky als Vorbild eines der Werke aus seiner Regierungszeit zerstören, in dem Sie diese Forschergruppe aus dem Netzwerk der EU-Koordination herausreißen und ins Abseits drängen. Trotz digitaler Technik ist die Anstalt damit aus dem Kernnetz der gesellschaftlichen und politischen Wirksamkeit ausgekoppelt und tot.

Als Konfliktforscher schlage ich Ihnen vor, lassen Sie die Gruppe in der Marxergasse in Wien arbeiten. Denken wir besser gemeinsam über neue Forschungsfragen und -aufgaben für sie in der Zukunft nach. Ich habe dazu den profunden Weltagrarbericht im Visier, der 2008 in Johannesburg von UN-Organisationen verabschiedet wurde und der bisher in Österreich kaum bis gar nicht diskutiert wurde.

Kurz zum Weltagrarbericht

Dieser Bericht sagt klar, dass wir für die Zukunft die kleinstrukturierte, multifunktionale Form der Landwirtschaft und dessen Erfahrungswissen brauchen.

Zitat aus dem Bericht:

„überliefertes traditionelles und lokales Wissen stellt einen reichen Fundus von gesammeltem Praxiswissen, wie von Möglichkeiten der Wissenserweiterung dar, der zum Erreichen von Nachhaltigkeits- und Entwicklungszielen nötig ist“.

Der ganze Weltagrarbericht ist auf den Begriff „Partizipation“ also Beteiligung der Bauern und Bäuerinnen an den Lösungen, aufgebaut. Der Tiefgang und die gute Verständigung bei der Berichterstellung wurde in einem methodischen Vorgang, in dem man versucht, „agrikulturelles Wissen“ (praktisches Bauernwissen in jeder Weltregion) mit Wissenschaften und Technologien zu verbinden, erreicht. Dieser Vorgang wird AWWT genannt, das heißt: **AGRIKULTURELLES WISSEN, INCLUSIVE WISSENSCHAFTEN UND TECHNOLOGIEEN**. Alle 58 mitwirkenden Staaten (Österreich steht nicht auf der Liste) haben diesen Vorgang als wichtigen Beitrag bezeichnet, um die vor uns liegenden Herausforderungen zu lösen. Alle Länder werden aufgerufen mit dem Instrument des AWWT, folgende Themen durchzuarbeiten:

- Energie aus Biomasse
- Biotechnologie
- Klimawandel
- Menschliche Gesundheit
- Umgang mit natürlichen Ressourcen
- Handel und Märkte
- Lokales und traditionelles Wissen sowie gemeinschaftliche Innovationen
- Frauen in der Weltlandwirtschaft

Das Durcharbeiten dieser Themen gemeinsam mit vielen Bäuerinnen und Bauern mit der AWWT-Methode würde allen Beteiligten guttun, vor allem den vielen an Nichtbeachtung leidenden Bäuerinnen und Bauern. Ihr Wissen wäre wieder gefragt.

Wir bräuchten zu dieser Bearbeitung eine Art international vernetzte Bauernuniversität, wie es in Südbrasilien seit 2013 bereits eine gibt. Dort wird lokales und traditionelles Wissen von Praktikern in die Lehre eingebracht. Dieses Wissen wird in das wissenschaftliche Wissen eingearbeitet und integriert und die Bäuerinnen und Bauern können dann an Lehrveranstaltungen auch wieder teilnehmen. Das ist ein fundierter problemorientierter Vorgang, indem bäuerliches Wissen geachtet wird.

Dieses notwendige Lernen sollte nicht „hinten“ irgendwo und irgendwie, sondern muss ganz „vorne“ sichtbar und zwar in einer Hauptstadt stattfinden. Man kann jungen Bäuerinnen und Bauern eine Stadt zumuten, sie ist ein wesentlicher Teil einer notwendigen Weltoffenheit. Denn nur wenn Zentrum und Peripherie sich austauschen und gegenseitig verstehen, kann eine ausgewogene gleichgewichtige und friedliche Entwicklung in einer Industriegesellschaft, die wir zweifellos sind, stattfinden. Zu einer solchen Aufgabe wären genau die erfahrenen Forscherinnen und Forscher der Bundesanstalt für Bergbauernfragen geeignet. Zudem haben sie bereits langjährige Erfahrung in der Bürgerbeteiligung.

Sehr geehrter Herr Minister Rupprechter, diese Arbeit im Sinne des Weltagrarberichtes entspräche genau der Kath.Soziallehre, sowie einer echten sozialdemokratischen oder grünen Vision. Packen Sie es an mit Ihren gut bekannten ForscherInnen in der Marxergasse!

Mit freundlichen Grüßen

Franz Rohrmoser
Konfliktforscher